

JAHRES- ABSCHLUSS 2022

Nah&Frisch Miravita GmbH

4924 Waldzell, Hacksperr 28

Aigner Joachim

Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder

4920 Schildorn, Gewerbepark 1

Inhaltsverzeichnis

1. Erstellungsbericht	1
2. Vollständigkeitserklärung	2 - 3
3. Rechtliche Grundlagen	4
4. Steuerliche Grundlagen	5
5. Wirtschaftliche Grundlagen	6
6. Bilanz zum 31. Dezember 2022	7
7. Gewinn- und Verlustrechnung 1. Jänner 2022 bis 31. Dezember 2022	8
8. Bilanz zum 31. Dezember 2022	9 - 12
9. Gewinn- und Verlustrechnung 1. Jänner 2022 bis 31. Dezember 2022	13 - 17
10. Anhang	18
11. Sachkontenübersicht	19
12. Anlagenverzeichnis	20
13. Abgänge	21
14. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB)	22 - 26

1. Erstellungsbericht

Bericht über die

Erstellung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2022
der
Nah&Frisch Miravita GmbH, Waldzell.

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss der Nah&Frisch Miravita GmbH zum 31. Dezember 2022 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht auf Ordnungsmäßigkeit oder Plausibilität geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach UGB und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in Ihrer Verantwortung.

Wir haben weder eine Abschlussprüfung noch eine prüferische Durchsicht des Abschlusses noch eine sonstige Prüfung oder vereinbarte Untersuchungshandlungen vorgenommen und geben demzufolge keine Zusicherung (Bestätigung) zum Abschluss.

Sie sind sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte verantwortlich, auch gegenüber den Nutzern des von uns erstellten Abschlusses. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die auf unser Verlangen von Ihnen am unterschriebene Vollständigkeitserklärung.

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens KFS/RL 26 „Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen“ durchgeführt. Für den Erstellungsauftrag gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) in der Fassung vom 18.04.2018.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf nur unter Beigabe des Erstellungsberichts erfolgen.

Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten die in Punkt 7. der AAB für Wirtschaftstreuhandberufe der KSW enthaltenen Ausführungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

Nah&Frisch Miravita GmbH
Hacksperr 28
4924 Waldzell

An
Aigner Joachim
Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder
Gewerbepark 1
4920 Schildorn

Vollständigkeitserklärung

Diese Vollständigkeitserklärung wird in Verbindung mit dem von Ihnen erstellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 abgegeben. Durch die Erklärung bestätigen wir Ihnen, dass Sie aufgrund der Ihnen übergebenen Unterlagen und der Ihnen gegebenen Informationen in die Lage versetzt worden sind, einen Jahresabschluss zu erstellen, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31.12.2022 und der Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 in Übereinstimmung mit dem UGB vermittelt.

Ihnen als mit der Erstellung des oben angeführten Jahresabschlusses beauftragtem Steuerberater erklären wir als zur Aufstellung des Jahresabschlusses verpflichteter Geschäftsführer folgendes:

Die Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie die Auskünfte, die von uns für die Erstellung des Abschlusses an Sie übermittelt wurden, wurden Ihnen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gegeben.

In den vorgelegten Büchern und Aufzeichnungen sind sämtliche Geschäftsvorfälle lückenlos und vollständig aufgezeichnet, die für das oben genannte Geschäftsjahr buchungspflichtig geworden sind.

Wir haben sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und -fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht werden können.

Die Verantwortung für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Erstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften liegt bei uns. Diese Verantwortung beinhaltet insbesondere grundsätzliche Entscheidungen über die Abbildung von Geschäftsvorfällen bzw Vermögensgegenständen und Schulden im Jahresabschluss, die Auswahl und Anwendung angemessener Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

In dem von Ihnen erstellten Jahresabschluss sind alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht.

Wir sind verantwortlich für die Verhinderung und Aufdeckung von Verstößen durch Mitarbeiter und für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines geeigneten internen Kontrollsystems.

Wir sind verantwortlich für die Einrichtung eines angemessenen Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystems, um sicherzustellen, dass Geschäfte mit und zwischen nahestehenden Unternehmen und Personen in den Buchführungsunterlagen als solche festgehalten und entsprechend den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften offengelegt werden.

Alle für die Erstellung des Jahresabschlusses notwendigen Aufzeichnungen, Dokumentationen und Informationen, insbesondere zu den Risiken, für die Rückstellungen gebildet werden müssen, zu drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften, zu bestehenden und drohenden Rechtsstreitigkeiten und sonstigen Auseinandersetzungen und zur Werthaltigkeit von Forderungen, wurden Ihnen mitgeteilt. Derartige Informationen bzw Sachverhalte können beispielsweise sein:

- a) Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, die für die Bewertung am Abschlussstichtag von Bedeutung sind,
- b) besondere Umstände, die der Fortführung des Unternehmens oder der Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens entgegenstehen oder die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses wesentlich beeinflussen,
- c) eine Übersicht über die Unternehmen, mit denen das Unternehmen im Geschäftsjahr oder am Abschlussstichtag verbunden war bzw mit denen im Geschäftsjahr oder am Abschlussstichtag ein Beteiligungsverhältnis bestand,
- d) Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, aus Garantien und aus sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Haftungsverhältnissen,
- e) Patronatserklärungen,
- f) gesetzliche und vertragliche Sicherheiten für Verbindlichkeiten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten), zB Pfandrechte, Sicherungseigentum und Eigentumsvorbehalte an bilanzierten Vermögensgegenständen,
- g) Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände und Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände,
- h) derivative Finanzinstrumente (zB fremdwährungs-, zins-, wertpapier- und indexbezogene Optionsgeschäfte und Terminkontrakte, Zins- und Währungsswaps),
- i) Verträge oder sonstige rechtliche Sachverhalte, die wegen ihres Gegenstands, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens von Bedeutung sind oder werden können (zB Verträge mit Lieferanten, Abnehmern, Gesellschaftern oder verbundenen Unternehmen sowie Arbeitsgemeinschafts-, Versorgungs-, Options-, Leasing- und Treuhandverträge sowie Verträge über Verpflichtungen, die aus dem Gewinn zu erfüllen sind), und
- j) die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige wesentliche finanzielle Verpflichtungen (zB aus in naher Zukunft erforderlichen Großreparaturen).

Bestätigt im Namen der Nah&Frisch Miravita GmbH, vertreten durch

.....
Unterschriften der gesetzlichen Vertreter

Waldzell, am

3. Rechtliche Grundlagen

Auftraggeber: Nah&Frisch Miravita GmbH

Firmenbuch: Landesgericht Ried im Innkreis, FN 535187s

Unternehmensgegenstand: Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln

Adresse: 4924 Waldzell, Hacksperr 28

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Größenklasse: gemäß § 221 (4) UGB Anwendung der Bestimmungen für
Kleinstkapitalgesellschaften

Gründung: 01.01.2019

Geschäftsjahr: 1. Jänner 2022 bis 31. Dezember 2022

Übernommenes Stammkapital: EUR 35.000,00

Gesellschafter:	Name	Anteil in EUR	Anteil in %
	Verein MiraVita Innviertel	<u>10.000,00</u>	<u>100</u>

Geschäftsführung:	Name	seit
	Karin Sternbauer	01.10.2019

Vertretung: Die Gesellschaft wird vom Geschäftsführer selbständig vertreten.

4. Steuerliche Grundlagen

Finanzamt:	Finanzamt Österreich Dienststelle Braunau Ried Schärding
Steuernummer:	41 311/1709
UID-Nummer:	ATU75939807
Steuerliche Vertretung:	Aigner Joachim Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder 4920 Schildorn, Gewerbepark 1
Gewinnermittlung:	Bilanzierung gem. § 5 EStG
Einkunftsart:	Einkünfte aus Gewerbebetrieb

5. Wirtschaftliche Grundlagen

OENACE / Branche: G 47.21-0 / Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln

Aktiva	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR	Passiva	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen			A. Negatives Eigenkapital		
I. Sachanlagen			I. eingefordertes Stammkapital	5.000,00	5.000,00
1. Maschinen	0,00	2.405,50	übernommenes Stammkapital	35.000,00	35.000,00
B. Umlaufvermögen			nach § 10b Abs 4 GmbHG nicht einforderbares ausstehendes Stammkapital	-25.000,00	-25.000,00
I. Vorräte			nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-5.000,00	-5.000,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	3.000,00	einbezahltes Stammkapital	5.000,00	5.000,00
2. Waren	103.668,33	96.591,81	II. Bilanzverlust	-188.691,76	-173.231,98
	103.668,33	99.591,81	davon Verlustvortrag	-173.231,98	-86.570,92
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			B. Rückstellungen	-183.691,76	-168.231,98
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.207,48	7.793,95	1. sonstige Rückstellungen	24.164,99	30.897,33
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	27.037,30	27.695,47	C. Verbindlichkeiten		
	31.244,78	35.489,42	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	64.444,75	67.927,54
III. Kassenbestand	1.271,04	1.164,04	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	64.444,75	67.927,54
	136.184,15	136.245,27	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	110.034,88	61.387,53
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.501,89	1.733,34	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	110.034,88	61.387,53
			3. sonstige Verbindlichkeiten	122.733,18	148.403,69
			davon aus Steuern	29.267,04	26.813,34
			davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	5.444,22	4.189,01
			davon gegenüber Gesellschaftern	81.200,00	110.800,00
			davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	122.733,18	148.403,69
				297.212,81	277.718,76
			davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	297.212,81	277.718,76
Summe Aktiva	137.686,04	140.384,11	Summe Passiva	137.686,04	140.384,11

	2022 EUR	2021 EUR
1. Umsatzerlöse	1.315.820,13	1.074.345,83
2. sonstige betriebliche Erträge	8.415,27	1.000,00
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	1.040.250,52	895.328,22
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.181,82	4.181,82
	1.042.432,34	899.510,04
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	163.968,76	150.560,36
b) soziale Aufwendungen	53.628,18	43.464,34
	217.596,94	194.024,70
5. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen	1.164,23	859,85
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	76.887,33	65.136,21
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)	-13.845,44	-84.184,97
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.114,34	757,09
9. Zwischensumme aus Z 8 bis 8 (Finanzergebnis)	-1.114,34	-757,09
10. Ergebnis vor Steuern (Summe aus Z 7 und Z 9)	-14.959,78	-84.942,06
11. Steuern vom Einkommen	500,00	1.719,00
12. Ergebnis nach Steuern	-15.459,78	-86.661,06
13. Jahresfehlbetrag	-15.459,78	-86.661,06
14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-173.231,98	-86.570,92
15. Bilanzverlust	-188.691,76	-173.231,98

Aktiva	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Maschinen		
580 Betriebsausstattung sonstige	0,00	2.405,50
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
1300 Vorrat an Hilfsstoffen	0,00	3.000,00
2. Waren		
1600 Vorräte an Waren	103.668,33	96.591,81
	<u>103.668,33</u>	<u>99.591,81</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
2000 Sammelkonto Debitoren	4.207,48	7.793,95
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		
2300 Sonstige Forderungen	3.141,02	6.397,44
2565 Aktivierte Körperschaftsteuer	13.500,00	9.000,00
2575 Forderg. an Geschäftsführer	1,99	1,99
2774 Verrechnungskonto Miravita Fa Zahlung	0,00	1.250,00
2777 Verrechnungskonto Miravita	1.771,36	6.593,49
2895 Verrechnungskonto Kassa-tägliche Barbuchung	5.927,06	3.455,32
2897 Verrechnungskonto Kassa-Bankomatzahlung	2.695,87	997,23
	<u>27.037,30</u>	<u>27.695,47</u>
	31.244,78	35.489,42
III. Kassenbestand		
2700 Kassa	1.164,04	1.164,04
2772 Kleingeld Snackautomat	107,00	0,00
	<u>1.271,04</u>	<u>1.164,04</u>
	136.184,15	136.245,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
2900 Aktive Rechnungsabgrenzungspo.	1.501,89	1.733,34
Summe Aktiva	<u>137.686,04</u>	<u>140.384,11</u>

Passiva	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Negatives Eigenkapital		
I. eingefordertes Stammkapital		
9010 Stammkapital	35.000,00	35.000,00
9190 Nicht eingeford.aussteh.Einl.	-5.000,00	-5.000,00
9191 nicht eingef. aussteh. Einl. nach §10bAbs4GmbHG	-25.000,00	-25.000,00
	<u>5.000,00</u>	<u>5.000,00</u>
<i>einbezahltes Stammkapital</i>	<i>5.000,00</i>	<i>5.000,00</i>
II. Bilanzverlust		
9371 Jahresverlust	-15.459,78	-86.661,06
9380 Gewinnvortrag	4.878,21	4.878,21
9381 Verlustvortrag	-178.110,19	-91.449,13
	<u>-188.691,76</u>	<u>-173.231,98</u>
	-183.691,76	-168.231,98
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		
3041 Rückstellg.f.nicht konsum.Url.	12.388,41	12.571,59
3042 RückSt. f. Sonderzahlungen	8.876,58	15.325,74
3050 Rückst.f.Rechts-u.Beratungsk.	2.900,00	3.000,00
	<u>24.164,99</u>	<u>30.897,33</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
2820 Raika AT48 3473 5000 0002 6187 (ALT bis 31.07.2022)	0,00	67.927,54
2822 Raika AT20 3445 0000 0572 6187	64.444,75	0,00
	<u>64.444,75</u>	<u>67.927,54</u>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		
2820 Raika AT48 3473 5000 0002 6187 (ALT bis 31.07.2022)	0,00	67.927,54
2822 Raika AT20 3445 0000 0572 6187	64.444,75	0,00
	<u>64.444,75</u>	<u>67.927,54</u>
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
3300 Sammelkonto Kreditoren	110.034,88	61.387,53
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		
3300 Sammelkonto Kreditoren	110.034,88	61.387,53
3. sonstige Verbindlichkeiten		
2553 Umsatzsteuer Guthaben 2019 - FA Miravita Verein	0,00	10.695,82
3531 Konsolidierung Finanzamt 41-159/2397	0,00	-5.873,69
3532 Finanzamt VerrKto. Nah & Frisch GmbH 41-311/1709	-250,05	-5.382,10
3540 Finanzamt Lohnsteuer	525,22	395,24
3541 Finanzamt Dienstgeberbeitrag	608,98	480,51
3542 Verrechnung Dienstgeberzuschlag	6,42	-4,78
3550 Gemeinde Verbindlichkeiten	435,42	336,60
3584 Umsatzsteuer-Restschuld 2020 - FA Nah&Frisch	0,00	530,58
3585 Umsatzsteuer-Restschuld 2021	25.635,16	25.635,16
3586 Umsatzsteuer-Restschuld 2022	2.305,89	0,00
3600 Gebietskrankenkasse Verbindl.	5.444,22	4.189,01
3640 Lohn- und Gehaltsverrechnung	0,00	682,76

Passiva	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
3700 Verbindlichkeiten sonstige	6.821,92	5.918,58
3750 Darlehen Miravita Hacksperr Laufendes Konto	60.200,00	89.800,00
3751 Darlehen Vereinskonto Miravita	21.000,00	21.000,00
	122.733,18	148.403,69
<i>davon aus Steuern</i>		
2553 Umsatzsteuer Guthaben 2019 - FA Miravita Verein	0,00	10.695,82
3531 Konsolidierung Finanzamt 41-159/2397	0,00	-5.873,69
3532 Finanzamt VerrKto. Nah & Frisch GmbH 41-311/1709	-250,05	-5.382,10
3540 Finanzamt Lohnsteuer	525,22	395,24
3541 Finanzamt Dienstgeberbeitrag	608,98	480,51
3542 Verrechnung Dienstgeberzuschlag	6,42	-4,78
3550 Gemeinde Verbindlichkeiten	435,42	336,60
3584 Umsatzsteuer-Restschuld 2020 - FA Nah&Frisch	0,00	530,58
3585 Umsatzsteuer-Restschuld 2021	25.635,16	25.635,16
3586 Umsatzsteuer-Restschuld 2022	2.305,89	0,00
	29.267,04	26.813,34
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>		
3600 Gebietskrankenkasse Verbindl.	5.444,22	4.189,01
<i>davon gegenüber Gesellschaftern</i>		
3750 Darlehen Miravita Hacksperr Laufendes Konto	60.200,00	89.800,00
3751 Darlehen Vereinskonto Miravita	21.000,00	21.000,00
	81.200,00	110.800,00
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		
2553 Umsatzsteuer Guthaben 2019 - FA Miravita Verein	0,00	10.695,82
3531 Konsolidierung Finanzamt 41-159/2397	0,00	-5.873,69
3532 Finanzamt VerrKto. Nah & Frisch GmbH 41-311/1709	-250,05	-5.382,10
3540 Finanzamt Lohnsteuer	525,22	395,24
3541 Finanzamt Dienstgeberbeitrag	608,98	480,51
3542 Verrechnung Dienstgeberzuschlag	6,42	-4,78
3550 Gemeinde Verbindlichkeiten	435,42	336,60
3584 Umsatzsteuer-Restschuld 2020 - FA Nah&Frisch	0,00	530,58
3585 Umsatzsteuer-Restschuld 2021	25.635,16	25.635,16
3586 Umsatzsteuer-Restschuld 2022	2.305,89	0,00
3600 Gebietskrankenkasse Verbindl.	5.444,22	4.189,01
3640 Lohn- und Gehaltsverrechnung	0,00	682,76
3700 Verbindlichkeiten sonstige	6.821,92	5.918,58
3750 Darlehen Miravita Hacksperr Laufendes Konto	60.200,00	89.800,00
3751 Darlehen Vereinskonto Miravita	21.000,00	21.000,00
	122.733,18	148.403,69
	297.212,81	277.718,76
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>		
2553 Umsatzsteuer Guthaben 2019 - FA Miravita Verein	0,00	10.695,82
2820 Raika AT48 3473 5000 0002 6187 (ALT bis 31.07.2022)	0,00	67.927,54
2822 Raika AT20 3445 0000 0572 6187	64.444,75	0,00
3300 Sammelkonto Kreditoren	110.034,88	61.387,53
3531 Konsolidierung Finanzamt 41-159/2397	0,00	-5.873,69
3532 Finanzamt VerrKto. Nah & Frisch GmbH 41-311/1709	-250,05	-5.382,10
3540 Finanzamt Lohnsteuer	525,22	395,24
3541 Finanzamt Dienstgeberbeitrag	608,98	480,51
3542 Verrechnung Dienstgeberzuschlag	6,42	-4,78
3550 Gemeinde Verbindlichkeiten	435,42	336,60
3584 Umsatzsteuer-Restschuld 2020 - FA Nah&Frisch	0,00	530,58
3585 Umsatzsteuer-Restschuld 2021	25.635,16	25.635,16
3586 Umsatzsteuer-Restschuld 2022	2.305,89	0,00
3600 Gebietskrankenkasse Verbindl.	5.444,22	4.189,01
3640 Lohn- und Gehaltsverrechnung	0,00	682,76
3700 Verbindlichkeiten sonstige	6.821,92	5.918,58
3750 Darlehen Miravita Hacksperr Laufendes Konto	60.200,00	89.800,00

Passiva	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
<i>3751 Darlehen Vereinskonto Miravita</i>	<u>21.000,00</u>	<u>21.000,00</u>
	<u>297.212,81</u>	<u>277.718,76</u>
Summe Passiva	<u>137.686,04</u>	<u>140.384,11</u>

	2022 EUR	2021 EUR
1. Umsatzerlöse		
Erlöse Inland		
4001 Obst, Gemüse, Blumen	83.802,84	69.786,60
4002 Molkereiprodukte, Käse, Convenience, Eier	121.404,44	102.991,24
4003 Wurst	188.482,84	160.028,08
4004 Fleisch, Fisch, Geflügel	35.574,55	40.257,50
4005 Brot, Gebäck, Mehlspeisen, HAUBIS Strecke	95.017,00	52.491,27
4006 Lebensmittel, Tiefkühlung 10%	200.901,96	154.757,68
4007 Eis, Getränke 10%	8.272,79	6.857,12
4008 Alkoholische Getränke 20%	44.408,38	37.833,20
4009 Alkoholfreie Getränke, Kaffee, Tee	73.141,35	60.133,38
4010 Non-Food Artikel, Textilien	61.342,82	50.250,40
4011 Unkosten	381,28	249,08
4012 Zeitungen, Bücher	7.090,17	8.443,42
4013 Tabakwaren	353.395,41	297.718,51
4014 Lotterie	58.559,14	0,00
4015 Gebinde	-711,23	-915,60
4016 Lebensmittel, Tiernahrung, Samen 13%	18.420,15	10.735,02
4017 Cafeecke (Miravita)	91,33	5,00
4018 Sonstiges	-8.252,74	-3.837,00
4019 Erlös Snackautomat Snacks 10%	516,68	0,00
4020 Erlös Snackautomat Getränke 20%	1.420,80	0,00
4045 Provisionserlös Lotterie(keine St.)	-50.695,36	9.520,44
4051 Warenerlöse 0% Gewinnauszahlung	10,00	0,00
4160 Umsatzerlöse sonstige 10% USt	1.272,80	508,90
4312 Provisionserlöse 20% Post AG	16.773,02	14.304,21
4313 Provisionserlöse 0% Post AG	209,23	55,00
	1.310.829,65	1.072.173,45
Miet- und Pächterlöse		
4850 Mieterträge 20%	0,00	30,00
Provisionen		
4835 Provisionserlöse 20 %	0,00	55,48
Skonti und andere Erlösminderungen		
4404 Kundenkonto ohne Mwst	0,00	-177,73
4480 Erlösber.,Rabatte,Boni 20% USt	1.132,20	519,76
4481 Erlösber.,Rabatte,Boni 10% USt	3.727,97	1.693,95
4484 Erlösber.,Rabatte,Boni 13% USt	130,31	50,92
	4.990,48	2.086,90
	1.315.820,13	1.074.345,83
2. sonstige betriebliche Erträge		
4352 Spenden	6.430,00	500,00
4600 Erlöse aus dem Abgang von Anlagen (+)	1.000,00	0,00
4709 Auflösung sonstige Rückstellungen	195,00	0,00
4830 Sonstige betriebliche Erträge 0 %	50,00	0,00
4865 Zuschüsse	0,00	500,00
4880 Schadenersatz	52,48	0,00
4881 Versicherungsvergütungen	687,79	0,00
	8.415,27	1.000,00

	2022 EUR	2021 EUR
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand		
Waren		
5001 Obst, Gemüse, Blumen	66.617,26	58.027,31
5002 Molkereiprodukte, Köse, Convenience, Eier	112.920,35	88.757,32
5003 Wurst	114.539,91	105.173,22
5004 Fleisch, Fisch, Geflügel	27.451,01	16.425,41
5005 Brot, Gebäck, Mehlspeisen, HAUBIS Strecke	68.510,62	53.507,45
5006 Lebensmittel, Tiefkühlwaren 10%	129.893,79	127.653,46
5007 Eis, Getränke 10%	9.175,53	5.462,35
5008 Alkoholische Getränke	43.215,86	35.318,16
5009 Alkoholfreie Getränke, Kaffee, Tee	53.797,74	57.946,66
5010 Non-Food Artikel, Textilien	45.159,30	39.567,58
5011 Unkosten 10%+20%	17.404,55	10.568,11
5012 Zeitungen, Bücher	10.223,30	10.319,17
5013 Tabakwaren	326.970,63	287.080,39
5015 Gebinde	-695,94	-911,19
5016 Lebensmittel, Tiernahrung, Samen 13%	24.149,59	13.152,07
5018 WES sonstiges	14,17	9,08
5020 WEK 20%	0,00	-98,00
5030 Bestandsveränderung Handelswaren	-7.076,52	-13.250,54
5320 WES innergem.Erw.20%	92,40	0,00
5419 Emballagen, Verpackungsmat.	1.057,48	852,01
	1.043.421,03	895.560,02
Skonti, Boni und Rabatte		
5800 Lieferantenskonto 20,00%	-32,38	-236,59
5801 Lieferantenskonto 10,00%	2,99	0,00
5802 Lieferantenskonto 13,00%	0,01	2,65
5805 Skontoertrag 0 %	-0,11	2,14
5850 Lieferantenboni 20 %	-651,02	0,00
5851 Lieferantenboni 10 %	-2.377,74	0,00
5854 Lieferantenboni 13 %	-112,26	0,00
	-3.170,51	-231,80
	1.040.250,52	895.328,22
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
5701 Fremdleistungen Kooperationsvertrag IB Miravita	2.181,82	4.181,82
	1.042.432,34	899.510,04
4. Personalaufwand		
a) Gehälter		
6200 Gehälter	152.016,84	143.796,69
6240 Sonderzahlungen (Angestellte)	26.914,71	306,56
6418 Veränderung Urlaubsrückstellungen (Angestellte)	-183,18	5.121,51
6466 Dot. RSt. Sonst. Bezüge	-6.449,16	1.335,60
6660 Vergütung Entgeltfortzahlung	-1.295,31	0,00
6800 AMF Beihilfe	-7.035,14	0,00
	163.968,76	150.560,36

	2022 EUR	2021 EUR
b) soziale Aufwendungen		
6402 Mitarbeitervorsorge Versicherung	0,00	2.152,24
6407 Betriebliche Vorsorgekasse (BVK) Angestellte	2.625,23	0,00
6605 Gesetzlicher Sozialaufw. Ang.	37.549,80	29.419,68
6621 Dienstgeberbeitrag Angestellte	6.974,81	5.583,10
6631 Zuschlag zum DB Angestellte	608,08	486,75
6641 Kommunalsteuer Angestellte	5.365,21	4.294,70
6680 Groschenausgleich	-3,95	0,02
6750 Arbeitskleidung	209,00	37,03
6790 Freiwilliger Sozialaufwand	300,00	1.490,82
	53.628,18	43.464,34
	217.596,94	194.024,70
5. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen		
7020 planm. Abschr. Betr.-u. Gesch. aus	218,82	437,50
7021 Geringw. Wirtschaftsgüter	945,41	422,35
	1.164,23	859,85
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen		
7100 Nicht abzugsfähige Vorsteuer (VStK)	0,00	2,00
Aufwand für Instandhaltung, Betriebskosten		
7200 Instandhaltungen sonstige	3.935,30	2.999,88
7201 Instandhaltung Gebäude	0,00	418,23
7205 Instandh. Betr.-u. Gesch. ausst.	6.805,35	1.889,56
7210 Reinigung durch Dritte	720,00	0,00
7220 Wasser, Müll, Kanal 10%	2.843,81	1.817,13
7225 Abfallentsorgung (Verwaltung)	0,00	1.261,67
7230 Strom (Verwaltung, Vertrieb)	13.764,10	15.432,45
7231 Aufwände f. Photovoltaik	612,30	0,00
7235 Verbr. v. Energie (Verwaltg.)	4.400,00	0,00
	33.080,86	23.818,92
Aufwand für Miete und Leasing		
7400 Miet- und Pacht aufwand	13.000,98	18.375,58
7406 Mietaufwand Zigarettenautomat	2.023,96	1.220,81
7407 Mietaufwand Drucker	353,06	265,57
7440 Leasing Microshop OD M	1.483,28	0,00
	16.861,28	19.861,96
Aufwand für Büromaterial		
7600 Büromaterial	210,64	42,91
Nachrichtenaufwand		
7380 Telefon, Telex und Telefax	915,17	788,06
7383 Kommunikationsentgelt Lotterie	534,09	548,10
7390 Porto und sonstige Postgebühr	206,78	73,46
7626 EDV-Aufwendungen 20%	80,75	55,50
	1.736,79	1.465,12

	2022 EUR	2021 EUR
Aufwand für Werbung und betriebliche Spenden		
7650 Werbeaufwand sonstiger	80,00	627,90
7651 Inserate	0,00	50,00
7655 Werbeaufwand innergem. Erwerb 20%	0,00	155,00
7690 Spenden und Trinkgelder	0,00	100,00
	<u>80,00</u>	<u>932,90</u>
Aufwand für Versicherungen		
7700 Sachversicherungen	3.145,80	2.204,73
Steuerberatung		
7740 Steuerberatung	11.052,50	9.737,50
Gebühren und Beiträge		
7782 Kammerumlage	472,32	512,05
Spesen des Geldverkehrs		
7790 Spesen des Geldverkehrs	2.915,90	2.189,40
7791 Spesen Bankomatkassa	2.114,94	1.735,48
7792 Spesen To Good To Go RC	139,44	95,20
7793 Spesen To Good To Go 20%	32,13	0,00
	<u>5.202,41</u>	<u>4.020,08</u>
Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen, ausgenommen Finanzanlagen		
7830 Buchwert verkaufter Anlagen (-)	2.186,68	0,00
Schadensfälle		
7800 Schadensfälle	11,58	1.087,50
diverse betriebliche Aufwendungen		
7180 Gebühren	573,23	612,85
7226 Verbrauchsmaterial 20%	2.220,76	837,69
7696 Säumnis- und Verspätungszuschläge	52,48	0,00
	<u>2.846,47</u>	<u>1.450,54</u>
	76.887,33	65.136,21
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)	-13.845,44	-84.184,97
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
8125 Gerichtskosten, Mahnspesen	29,16	7,00
8280 Zinsen f. Bankkredite, Darlehen	1.076,65	736,77
8335 Verzugszinsen	8,53	13,32
	<u>1.114,34</u>	<u>757,09</u>
9. Zwischensumme aus Z 8 bis 8 (Finanzergebnis)	-1.114,34	-757,09
10. Ergebnis vor Steuern (Summe aus Z 7 und Z 9)	-14.959,78	-84.942,06
11. Steuern vom Einkommen		
8500 Körperschaftsteuer	5.000,00	5.000,00
8521 Aktivierung Körperschaftsteuer	-4.500,00	-4.500,00

	2022 EUR	2021 EUR
8530 Körperschaftsteuer aus Vorperioden	0,00	1.219,00
	500,00	1.719,00
12. Ergebnis nach Steuern	-15.459,78	-86.661,06
13. Jahresfehlbetrag	-15.459,78	-86.661,06
14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		
9380 Gewinnvortrag	4.878,21	4.878,21
9381 Verlustvortrag	-178.110,19	-91.449,13
	-173.231,98	-86.570,92
15. Bilanzverlust	-188.691,76	-173.231,98

10. Anhang

10.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

10.1.1. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend den gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen wurden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

10.1.2. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Sachkontenübersicht

01.01.2022 bis 31.12.2022

Nah&Frisch Miravita GmbH

Unternehmensrecht, Zusatzwerte nach Steuerrecht

Konto		AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2022		Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2022	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
580 Betriebsausstattung sonstige	G	3.500,00 -3.500,00 0,00	2.405,50 AfA 1.094,50 G		-218,82 -2.186,68	0,00 0,00	0,00
Gesamtsumme	G	3.500,00 -3.500,00 0,00	2.405,50 AfA 1.094,50 G		-218,82 -2.186,68	0,00 0,00	0,00

Z = Zugang	G = Gesamtabgang	T = Teilabgang	AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung	BWM = Buchwertminderung	VSTK = Vorsteuerkürzung	E = Erweiterung
U = Umbuchung	sA = sonstige Änderung	AfA = Planmäßige AfA	VZ = vorzeitige AfA	GWG = AfA GWG	ap = außerplanmäßige AfA	tw = Teilwert-AfA
ao = außerordentliche AfA	Zu = Zuschreibung	Izu = Investitionszuschuss	§12 = BR §12	sK = sonstige Korrektur	ZaU = Zugang aufgrund Umgründung	AaU = Abgang aufgrund Umgründung
VZ = BR VZ AfA	GWG = BR GWG	GFB = Gewinnfreibetrag	Eb = Ersatzbeschaffung	IFB = Investitionsfreibetrag	IFBÖ = IFB Ökologisierung	

Aigner Joachim

Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder

580 Betriebsausstattung sonstige											
Inv-Nr	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2022	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2022	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss	
1-0	Zigarettenautomat		13.11.2019 13.11.2019 20.01.2022	8,00 0,00	linear	G 3.500,00 -3.500,00 0,00	2.405,50 1.094,50	AfA G -218,82 -2.186,68	0,00 0,00	0,00	
Gesamtsumme						G	3.500,00 -3.500,00 0,00	AfA G	-218,82 -2.186,68	0,00 0,00	0,00
<p>Z = Zugang U = Umbuchung ao = außerordentliche AfA VZ = BR VZ AfA</p> <p>G = Gesamtabgang sA = sonstige Änderung Zu = Zuschreibung GWG = BR GWG</p> <p>T = Teilabgang AfA = Planmäßige AfA Izu = Investitionszuschuss GFB = Gewinnfreibetrag</p> <p>AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung VZ = vorzeitige AfA §12 = BR §12 Eb = Ersatzbeschaffung</p> <p>BWM = Buchwertminderung GWG = AfA GWG sK = sonstige Korrektur IFB = Investitionsfreibetrag</p> <p>VSTK = Vorsteuerkürzung ap = außerplanmäßige AfA ZaU = Zugang aufgrund Umgründung IFBÖ = IFB Ökologisierung</p> <p>E = Erweiterung tw = Teilwert-AfA AaU = Abgang aufgrund Umgründung</p>											

Nah&Frisch Miravita GmbH

Inv-Nr	Bezeichnung	Lieferant	BS Beleg	Anschaffung	Abgang	Abgangsgrund	Erlös Buchwert Gewinn	Erlös Buchwert Verlust	BW Abgang (ohne Erlös)	Abgangsart
580 Betriebsausstattung sonstige										
1-0	Zigarettenautomat		22/0100	13.11.2019	20.01.2022	Verkauf Zigarettenautomat - UKO Media GmbH		1.000,00 -2.186,68 -1.186,68		Gesamtabgang
Gesamtsumme								1.000,00 -2.186,68 -1.186,68		

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenseitiger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem erreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nicht- prüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissens- erklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungs- gehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDASVO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur

Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zu fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervor kommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, un- beschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogener Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm durch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgaberverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefreiung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragsbefreiung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft,

in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhand, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstelle und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhandern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird. Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen. Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen

ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

© Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, 1100 Wien